

-Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident,

Mitglieder in Regierung und Parlament,

Werte Bürgerinnen und Bürger der DG,

Dieser Dekretentwurf ist ein typisches Beispiel der eigenartigen Funktionsweise der klassischen Politik. Hier wird heute, Ende November, über ein Zusammenarbeitsabkommen abgestimmt, welches in der Praxis schon seit dem 1. Januar 2014 angewandt wird und am 31. Dezember diesen Jahres, also in etwas mehr als einem Monat endet.

Was wäre eigentlich, wenn dieses Haus diesem Abkommen nicht zustimmen würde? Für die Betroffenen würde in der Praxis wohl nichts mehr ändern. Der Anwendungszeitraum ist ja quasi schon verstrichen.

Gut, ohne Zustimmung würde die DG wohl kein Geld vom Föderalstaat für die Umsetzung des Projektes erhalten. Es handelt sich immerhin um rund 365.000,- €.

Das bedeutet dann aber, dass wir Parlamentarier ja angesichts der schlechten Haushaltslage eigentlich gar keine Wahl haben. Natürlich könnten wir dieses Dekret ablehnen, doch dann müsste die DG das Geld aus anderen Bereichen nehmen, da es ja schon ausgegeben wurde.

Die Regierung der DG hat diesem Abkommen zugestimmt und damit wurde es angewandt.

Die heutige Abstimmung hier in diesem Haus, zu einem Zeitpunkt, wo der Zeitrahmen den dieses Abkommen betrifft, ja quasi schon verstrichen ist, und die Arbeitsleistung des Arbeitsamtes schon erbracht wurde, zeigt wie lächerlich vieles ist, was in der klassischen Politik und auch in diesem Hause gemacht wird. Die Parlamente sind in vielen Bereichen nur noch pro forma da.

So viel zum Thema „Aufwertung der parlamentarischen Arbeit“

Nun zum Inhalt:

Da es sich um ein Zustimmungsdekret handelt, können wir als Parlament nur mit Ja oder Nein stimmen. Am Inhalt können wir nichts ändern. Trotzdem möchte ich ein paar inhaltliche Bemerkungen machen, da dieses Thema auch in Zukunft aktuell bleiben wird.

In diesem Zusammenarbeitsabkommens wurde festgelegt, dass das Arbeitsamt im Rahmen des nationalen Begleitplans nun auch Personen mit einer Arbeitsunfähigkeit zwischen 33% und 66% in die aktive Begleitung mit aufnehmen muss. Des Weiteren wurde eine neue Zielgruppe definiert. Es handelt sich um Personen mit psychologischen, medizinischen und/oder sozialen Problemen, die dauerhaft ihre Gesundheit und/oder ihre soziale Integration beeinträchtigen - Abgekürzt PMS-Zielgruppe.

Für diese Personen sind andere Regeln vorgesehen und zudem erhalten diese Personen Anrecht auf eine intensivere Betreuung. Ziel ist es, diese Menschen in eine angepasste bzw. betreute Arbeit zu vermitteln.

Das hört sich alles gut und schön an, doch wie sieht es in der Praxis aus? Gibt es in der DG, wenn überhaupt, ausreichend angepasste oder betreute Arbeitsplätze? Gibt es genug Weiterbildungsmaßnahmen oder Projekte, in denen Menschen mit einer beispielsweise 50% Arbeitsunfähigkeit teilnehmen können?

Nein, die gibt es nicht. Dies ist auch verständlich, denn für die DG ist das gar nicht finanzierbar. Es gibt einige sehr gute Projekte, deren Plätze aber begrenzt sind. Und viele weitere Projekte, die nötig wären, um auch eine gewisse Vielzahl von Berufszweigen abzudecken, sind für die DG nicht bezahlbar. So bleibt es wieder einmal bei einer schönen Theorie, einem theoretischem Konzept, deren Umsetzung in der Praxis wenig taugt.

Gerade bei Menschen mit starken sozialen Beeinträchtigungen, wie junge Menschen aus zerrüttenden Familien wird dies

sichtbar. Auch wenn viele junge Menschen möglicherweise die Fähigkeit zur Weiterbildung besitzen, sind sie aufgrund ihrer aktuellen Lebenssituation nicht in der Lage, daran erfolgreich teilzunehmen. Was sie brauchen ist eine einfache Arbeitsstelle, wo sie Geld verdienen können, um aus diesem Milieu auszusteigen.

Auch wenn wir uns das gerne anders wünschen. Es gibt Menschen, die für Weiterbildungen nicht gemacht sind. Sie sind mit einer einfachen Arbeitsstelle, wo es auf einfache manuelle Arbeit ankommt, zufrieden. Doch diese Arbeitsstellen haben wir in Europa auf dem Weg von der Industriegesellschaft über die Dienstleistungsgesellschaft hin zur Wissensgesellschaft durch Automation und Auslagerung ins Ausland, in so genannte Billiglohnländer, aus unserer Gesellschaft entfernt.

Das Fehlen dieser einfachen Jobs ist ein großes Problem, welches kaum oder gar keine Beachtung findet.

Denn dann müssten wir, die Politiker, einmal wieder nach den Ursachen forschen. Wieso hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den letzten 30 Jahren nicht verbessert sondern nur verschlechtert? Und dass obwohl Politiker immer wieder behaupten, wenn sie gewählt würden, würden sie für mehr Arbeitsplätze sorgen.

Oft höre ich von Bürgern die Behauptung, dass die Politiker einfach unfähig seien. Ich glaube das nicht. Gut, es gibt sicherlich Politiker, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind.

Viele Politiker, gerade in verantwortungsvollen Positionen, sind fähig. Wenn dies so ist, und bitte korrigieren Sie mich, wenn Sie anderer Meinung sind, dann stellt sich die Frage, warum sie die Probleme nicht lösen? Liegt es vielleicht daran, dass sie sie gar nicht lösen wollen? Oder anders ausgedrückt, wem dienen sie wirklich? Dem Bürger, sich selbst oder anderen?

Werte Kolleginnen und Kollegen. Solange wir irgendeinem Wunschdenken und schönen Theorien hinterher laufen wird sich an der jetzigen Situation nichts ändern. Es werden viele Steuergelder in wunderbar klingenden Projekten verbraten. Die Probleme aber werden weiter zunehmen.

Doch dies muss nicht sein. Die Probleme wurden von uns Menschen geschaffen und wir können sie lösen. So komplex sie auch erscheinen mögen. Wir werden nicht von heute auf morgen wieder viele einfache Arbeitsplätze in unserer Gegend haben. Aber wir können schon mal damit beginnen, die richtigen Fragen zu stellen und uns nicht mit schönen Antworten zufrieden zu geben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit,

Alain Mertes,
Vivant-Fraktion